

## Nach 5 Jahren - Hätten wir mehr schaffen können?



### Aufnahme von Geflüchteten – Fehler und Chancen Eine kritisch-selbstkritische Bilanz und ein Ausblick

Ulrich Waas

Am 31. August 2015 sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Pressekonferenz „*Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – [wir schaffen das!](#)*“ – Dagegen völlig ablehnend der damalige brandenburgische AfD-Landesvorsitzende Alexander Gauland in einer Rede in Erfurt am 7. Oktober 2015: „*Wir wollen das gar nicht schaffen!*“ ([Eine kurze Chronologie zur Entwicklung bis heute](#))

## **Wie sieht die Bilanz zwischen „Schaffen wollen“ und „Schaffen verhindern“ – mit allen Zwischenstufen – nach 5 Jahren aus?**

Vieles zeigt, dass die Integration Geflüchteter rascher vorankommt als bei Migranten in früheren Jahrzehnten, was ein Erfolg ist. Aber gesehen werden müssen auch die gegenwärtigen Probleme: Schlaglichtartig werden diese verdeutlicht durch ein [Schreiben](#) vom 20. Juli 2020 von drei Oberbürgermeistern in Baden-Württemberg (je einer von CDU, SPD, Bündnis 90/Grüne) an den Ministerpräsidenten Kretschmann. Nach nächtlichen Krawallen u.a. in Stuttgart und Frankfurt schreiben sie, dass junge männliche Asylbewerber zwar bei den Krawallen anscheinend nicht die Mehrheit gestellt haben, aber doch überproportional beteiligt waren. Sie gehen aber auch auf das ein, was sie als Hauptursachen für diese Entwicklung sehen:

- Einerseits die Verweigerung von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für einen erheblichen Teil der Geflüchteten, was vor allem junge Männer über Monate und Jahre zu einem „Dahinleben“ ohne Perspektive, Struktur und Eigenverantwortung zwingt
- Andererseits zu oft fehlende Konsequenz bei Sanktionen gegenüber Fehlverhalten, insbesondere gegenüber Kleinkriminalität

Diese doppelte „Botschaft“ ***Wenn Du Dich anstrengst, bekommst Du nichts dafür*** und ***Wenn Du Mist baust, passiert Dir auch nichts*** ist offensichtlich geeignet, Krawalle und andere Probleme zu fördern.

Dennoch liegt auch fünf Jahre nach 2015 von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien ein Konzept zum Migrationsthema vor, das beide dieser leicht einsehbaren Punkte aus dem Schreiben der Oberbürgermeister berücksichtigt.

Stattdessen hat vor allem der Bundesinnenminister einen Dschungel von Gesetzen und Verordnungen produzieren lassen (2019 verabschiedet), der alle in der Praxis der Flüchtlingsbetreuung Tätigen frustriert, weil er die Perspektivlosigkeit für viel zu viele „zementiert“. Um einen Eindruck zu vermitteln: Ein [innerministerielles Schreiben](#) in Bayern, das den Mitarbeitern der Ausländerbehörden erklären soll, wie sie durch den Gesetzes- und Verordnungsdschungel durchfinden können, ist – Stand Juli 2020 – auf **82** Seiten angewachsen. Unter vier Augen beklagen sich Behördenmitarbeiter, dass sie nicht die Zeit hätten, das zu lesen, oder immer noch Probleme hätten, zu verstehen, wie zu entscheiden ist.

Die Corona-Zeit hat die Lage für die Integration Geflüchteter noch schwieriger gemacht, vor allem für diejenigen in großen Gemeinschaftsunterkünften und Ankerzentren, wo Abstands- und Hygieneregeln schwierig einzuhalten sind.

### **Und wie kann es „nach Corona“ weitergehen?**

Hierzu auf den nächsten Seiten – nach einem kurzen Resümee zu den Erfahrungen aus bisheriger Migration nach Deutschland – einige kritische, aber auch selbstkritische Überlegungen zu den Fehlern/Erfolgen in den vergangenen fünf Jahren, zu den Kontroversen, die die Debatte polarisiert haben, und zu den Punkten, die ein weiterführendes Konzept zur Flüchtlingsthematik umfassen muss.

**Ohne ein solches Konzept werden wir weiter Probleme bekommen.**

**Und zu einem Konzept werden wir nur kommen, wenn wir abseits von Extrempositionen das Gespräch in der Gesellschaft suchen.**

## 1. Bilanz – um für die Zukunft zu lernen

In der Zeit um 2015 und danach mit vielen Geflüchteten stand die Gesellschaft in Deutschland vor großen Herausforderungen. Dabei sind auf verschiedenen Seiten „Fehler“ begangen worden, die uns heute noch belasten. Eine nüchterne Bilanz, möglichst ohne Selbstgerechtigkeit, kann helfen, Fehler abzustellen, vielleicht die Folgen bisheriger Fehler zu verringern und verpasste Chancen wenigstens teilweise noch zu nutzen. Das ist sicher nicht einfach, weil viele Beteiligte – Flüchtlingsbetreuer/-helfer wie auch Flüchtlings skeptiker/-gegner in ihre jeweiligen Rollen hineingewachsen sind und sich schwer tun, „über den Tellerrand zu schauen“ und das Gespräch hin zur Mitte der Gesellschaft zu suchen.

**Eine offene, auch selbstkritische Diskussion hilft, die schädliche Polarisierung in unserer Debatte zu verringern und einen Weg zu finden, der den bestehenden Herausforderungen gerechter werden kann.**

## 2. Erfahrungen mit Migration nach Deutschland

Deutschland liegt in Europa ziemlich in der Mitte, an der Kreuzungsstelle der Nord-Süd- und der Ost-West-Verbindungen, d. h. Wanderungsbewegungen in Europa haben gerade in diesem Gebiet seit Jahrtausenden immer wieder dazu geführt, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammengeführt wurden, die sich dann auch mischten. Allein in der Neuzeit hat es mindestens acht wichtige Migrationsbewegungen in das Gebiet des heutigen Deutschlands gegeben.

Gegenwärtig hat rund ¼ der Bevölkerung in Deutschland einen „Migrationshintergrund“, wenn nur die Eltern als Zuwanderer berücksichtigt werden, mit den Großeltern und weiteren Vorfahren wäre der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund noch deutlich größer – wahrscheinlich würden sie die klare Mehrheit stellen. Bereits damit ist offensichtlich, dass der Gedanke eines über „ethnische Homogenität definierten Volkskörpers“ (ironisch „Bio-Deutsche“) abwegig ist.

Schaut man sich die Geschichte vergangener Migrationsbewegungen an, fällt vor allem auf: Gleichgültig, ob es sich um angeworbene Arbeitskräfte, Vertriebene, Geflüchtete vor Krieg und Verfolgung, Aus- und Umsiedler oder – nach einer heutigen Bezeichnung – Wirtschaftsflüchtlinge handelte, praktisch immer gab es erstmal viel Vorbehalt und Ablehnung in der ortsansässigen Bevölkerung gegenüber „den Fremden“ und schlimme Entwicklungen wurden befürchtet. Tatsächlich hat sich jedoch diese Wahrnehmung in der Regel nachfolgend weitgehend gewandelt, meist innerhalb von ein oder zwei Generationen – früher Abgelehnte wurden meist zu einem selbstverständlichen Teil der Bevölkerung. Stellvertretend für eine Unzahl von Migranten, die zur Kultur in Deutschland beigetragen haben, sei ein Migrantenkind aus Nürnberg genannt, der als der „teutscheste Maler“ gilt, Albrecht Dürer (Vater aus Ungarn zugewandert).

Viele meinen, das könne man nicht auf die heutigen Flüchtlinge übertragen, denn „damals“ seien die kulturellen Unterschiede nicht so groß gewesen. Diese Meinung könnte aber nostalgische Verklärung sein, denn „damals“ kam das Argument mit den Unterschieden auch regelmäßig. Und heute könnte es auch wieder so sein, dass anfangs eher „das Fremde“ als „das Gemeinsame“ gesehen wird (dazu etwas mehr unten in Abschnitt 5).

**Bedauerlich ist, dass aus den – positiven oder auch problematischen – Erfahrungen mit Migrationsbewegungen in Deutschland nie systematisch Folgerungen für ein Konzept gezogen wurden, wie Integration effektiv und vorteilhaft für alle Beteiligten – für Migranten und aufnehmende Gesellschaft – gestaltet werden könnte.** Es hat zwar 2000 einen Anlauf für ein Konzept gegeben (sog. Süßmuth-Kommission). Es gab auch Konsequenzen im Gesetzgebungsverfahren und bei der Ausweitung der Aufgaben der zentralen Bundesbehörde (BAMF), aber bei den für die Politik aufgezeigten Aufgaben tat sich wenig. **Statt sich darum zu kümmern, dass die tatsächlich nun mal Angekommenen und die aufnehmende Gesellschaft möglichst gut miteinander klar kommen, schwankte der**

**politische Kurs überwiegend zwischen Ignorieren des Themas und Erschweren einer Zuwanderung von Flüchtlingen, nicht zuletzt durch Abschreckung.**

### **3. Migration nach Deutschland ab 2012 – Herausforderung und Chance**

Bereits seit den 70er Jahren kamen immer wieder Flüchtlinge aus dem Orient und Afrika (z.B. Libanon, Irak, Somalia) nach Deutschland, überwiegend Muslime, aber auch etliche arabische Christen. Ab 2012, nach dem weitgehenden Scheitern des „Arabischen Frühlings“, stiegen die Flüchtlingszahlen besonders aus der arabischen Welt nach Deutschland erheblich an, was zusammen mit Flüchtlingen aus anderen Regionen zu einem Maximum von ca. 750.000 Asylbewerber-Anträgen im Jahr 2016 führte, die dann für 2019 wieder auf ca. 160.000 zurückgingen.

Die Gründe für die Migration sind nicht immer einfach feststellbar, sie umfassen Krieg, Diskriminierung, Verfolgung, Armut und Umweltkatastrophen – in vielen Fällen ist es eine Mischung aus mehreren Gründen. Viel spricht dafür, dass die große Mehrheit vor Krieg und Bürgerkrieg oder auch persönlicher Verfolgung geflüchtet sind. Aber es sollte auch nicht übersehen werden, dass sich schon einige unter die Geflüchteten gemischt haben, die einen kriminellen oder extremistischen Hintergrund haben und deshalb nach Rechtslage und auch ethischen Prinzipien keinen Anspruch auf einen Aufenthaltsstatus in Deutschland haben.

Es ist klar: Die Ankunft von ca. 2 Millionen Menschen im Zeitraum von Anfang 2014 bis Ende 2019, die meist mit der deutschen Sprache, dem Rechtssystem und den Gebräuchen in Deutschland nicht vertraut waren, war und ist eine erhebliche Herausforderung. In der Situation gab es natürlich Gründe gegen und für eine Aufnahme.

#### **Gegen eine Aufnahme sprach z.B.:**

- Deutschland war auf eine so große Zahl von Neuankömmlingen nicht vorbereitet – nicht zuletzt fehlte ein gemeinsam nutzbares EDV-System der zuständigen Behörden zum Erfassen der erforderlichen Daten der Geflüchteten.
- Viele der Geflüchteten erschienen noch fremder als die Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg, die ebenfalls meist sehr ablehnend in den westlicheren Gebieten Deutschlands empfangen wurden. Wie es der jüdisch-polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman formuliert hat: *„Fremde bedeuten das Fehlen von Klarheit, man kann nicht sicher sein, was sie tun werden, wie sie auf die eigenen Handlungen reagieren würden; man kann nicht sagen, ob sie Freunde oder Feinde sind – und daher kann man nicht umhin, sie mit Argwohn zu betrachten.“* Den Argwohn zu überwinden erfordert Arbeit – Arbeit, um zu verstehen, wie „der Fremde“ tickt, und Arbeit an sich selbst, um zu lernen, wie man damit umgehen kann.
- Die Versorgung und Betreuung einer so großen Zahl ist mit einem großen Aufwand verbunden, der nicht für andere Aufgaben genutzt werden kann. War da nicht die Sorge berechtigt, dass Schwächere in der deutschen Gesellschaft Verluste erleiden?
- Viele der Neuankömmlinge kamen aus Gebieten, die über Jahre von Krieg oder Bürgerkrieg geprägt waren, d.h., man musste mit viel Traumatisierung und geringer Schul- und Ausbildung rechnen, also mit zusätzlichem Aufwand für die Integration. Ebenso war vor diesem Hintergrund zu erwarten, dass politische und religiöse Probleme aus den jeweiligen Herkunftsländern „mit im Gepäck“ waren, mit denen man sich auseinandersetzen musste.
- Weiterhin war klar, dass zusätzlich zu den genannten Problemen vielfach vorhandene Klischeevorstellungen gegenseitig Missverständnisse produzieren und Verständigungen erschweren würden.

### **Für eine Aufnahme sprach z.B.:**

- Die in Deutschland geltende Rechtslage (Grundgesetz, Flüchtlingskonvention, europäische Richtlinie) verpflichtete dazu, Asylbewerbern ein faires Verfahren einzuräumen. Deshalb wäre es im September 2015 – im Gegensatz zu anderslautenden, oft geäußerten Behauptungen – ein Verstoß gegen geltendes Recht gewesen, die „Grenzen einfach dicht zu machen“. – Dass wegen mangelnder Vorbereitung der zuständigen Behörden die Registrierung teilweise chaotisch war und die Kontrollen zu dürftig, war unstrittig ein gravierendes Problem (dazu unten mehr), aber hätte das die genannte Rechtslage unwirksam machen sollen?
- Nach humanistisch oder christlich begründeten ethischen Werten war es geboten, Menschen zu helfen, die für uns kaum Vorstellbares mitgemacht haben. Manche argumentierten, die Verpflichtung gelte nicht unbegrenzt. Wenn das Rettungsboot überfüllt sei und zu kentern drohe, müsse man keinen mehr aufnehmen. Aber ist das wirklich das richtige Bild? Ist für Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern nicht eher ein Bild richtig, dass 80 Gäste in einem Ausflugsdampfer sitzen und nun zwei Menschen dazukommen, die aus dem Wasser gerettet wurden und jetzt das Essen statt durch 80 durch 82 geteilt werden muss? Ist das unzumutbar?
- Deutschland stellt nur etwas mehr als 1 % Weltbevölkerung, Tendenz abnehmend. Wir müssen also einen Weg finden, wie wir als Minderheit in dieser Welt klar kommen. – Können wir unsere Position, unser Niveau, wirklich durch Abkapselung halten oder brauchen wir in der multipolar gewordenen Welt nicht zunehmend Menschen/Ausländer, die einerseits Deutschland kennen und unsere Lebensweise schätzen oder wenigstens respektieren lernen konnten und andererseits uns aufgrund ihrer Kenntnisse über ihre Herkunftsländer helfen können, in dieser multipolaren Welt klarzukommen? Sind Aufnahme und Integration von Geflüchteten deshalb nicht eine richtige strategische Entscheidung?
- Vor allem in den letzten 40 Jahren haben in muslimischen Ländern gewaltbereite Fundamentalisten an Einfluss gewonnen (nicht zuletzt verursacht/begünstigt durch eine lange Abfolge schwerwiegender Fehler in der Politik westlicher Länder). Wie wollen wir die davon ausgehende Terrorismusgefahr zurückdrängen, wenn wir nicht die Zusammenarbeit mit möglichst vielen kooperationswilligen Muslimen entwickeln?
- Ein Blick auf die Alterspyramide in Deutschland macht klar, dass wir in 5-10 Jahren ein erhebliches Problem haben werden, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Um dies auszugleichen, wird nach aktuellen Untersuchungen eine Zuwanderung von ca. 260.000 Personen pro Jahr benötigt, nicht nur Fachkräfte, sondern auch ungelernete Arbeitswillige. Dieser Bedarf kann mit den bereits in Deutschland lebenden Geflüchteten abgedeckt werden, von denen gegenwärtig etwa 100.000 pro Jahr auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen.

**Die angesprochenen Argumente gegen und für eine Aufnahme von Geflüchteten kann man sicher noch ergänzen. Aber es ist auch so offensichtlich, dass es auf eine nicht einfache Abwägung hinausläuft, wie man sich „unter dem Strich“ entscheidet. Dabei wird die Entscheidung davon abhängen, ob man – aufgrund von Erfahrungen und Verstehen von Zusammenhängen – Wege sieht, wie man Probleme verringern bzw. Chancen besser nutzen kann. – Eine Haltung, die jeweils nur das „Gegen“ oder nur das „Für“ wahrnimmt, führt nicht weiter, sondern befördert eine Spaltung in unserer Gesellschaft.**

## 4. Aufnahme der Geflüchteten – Fehler und Erfolge

Natürlich sind wegen fehlender Vorbereitung auf so viele Geflüchtete, wegen fehlenden Wissens und mangelnden Mitdenkens etliche Fehler begangen worden, aber es hat auch bemerkenswerte [Erfolge](#) gegeben.

### 4.1. wichtige Fehler – z.B.

- Eindruck des dauerhaften Kontrollverlusts – Aufgrund der anfangs fehlenden Kapazität (EDV; Personal) waren zuverlässige Registrierung und hinreichende Kontrolle bei der Aufnahme der Geflüchteten nicht möglich („[Kontrollverlust an den Grenzen](#)“). Hier rächte sich, dass die zuständigen Innenminister seit 2009 (Friedrich, de Maizière) die immer dringlicher werdenden Forderungen nach Personal und geeigneter EDV überhaupt nicht erfüllten. – Es wurden zwar anschließend große Anstrengungen unternommen, um wieder zu einem geordneten Verfahren zu kommen. Aber es dauerte und wurde nicht offensiv dargestellt, dass die Wiederherstellung der Ordnung an den Grenzen ein Hauptziel des politischen Handelns war. Der schlichte Satz „[Wir können die Grenzen nicht dichtmachen](#)“ war da zu wenig.
- Keine Entwicklung eines „Narrativs“ – Insgesamt wurde von der Bundesregierung in den ersten Monaten nach dem September 2015 kein „Narrativ“ entwickelt, wie „die Politik“ mit der neuen und ungeplanten Situation umgehen will, mit den Schwierigkeiten und Chancen, den Möglichkeiten und Grenzen einer Integration, dem Fördern und Fordern gegenüber den Geflüchteten und dem notwendigen „Mitnehmen“ der Bürger. Sicher – es war nicht einfach, hier ein für die große Mehrheit der Bevölkerung plausibles Konzept (Neu-Deutsch „Roadmap“) zu erarbeiten und dieses verständlich zu kommunizieren. Aber derartiges für die Bundesregierung zu erarbeiten und in der Gesellschaft zur Diskussion zu stellen wäre Aufgabe des Bundeskanzleramts gewesen, das sich dieser wichtigen Aufgabe bis heute nicht gestellt hat.
- Keine klare Einbindung von Erfahrungen und Wissen Ehrenamtlicher und Hauptamtlicher in der Flüchtlingsbetreuung – Ein strategischer Fehler der politisch Verantwortlichen war es, keine Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine systematische und effektive Zusammenarbeit zwischen Behörden und engagierten Ehrenamtlichen erleichtert hätte. Denn es war eigentlich klar, dass viel persönlicher, menschlicher Kontakt benötigt würde, um die Ankommenden mit den Unterschieden zwischen ihren Herkunftsländern und Deutschland so vertraut zu machen, dass sie hier selbständig leben können. Kluge Amtsleiter suchten und förderten die Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen, aber viel zu oft wurden diese aus der Integrationsarbeit hinausgedrängt und behindert, besonders durch die Bildung von Massenunterkünften und Ankerzentren mit erschwertem Zutritt für Ehrenamtliche. Stattdessen ist mit dem Gesetzespaket um das – euphemistisch so bezeichnete – *Geordnete-Rückkehr-Gesetz* herum ein Vorschriften-Dschungel entstanden, der nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für die meisten, die an Integration arbeiten, kaum durchschaubar und letztlich abschreckend ist und so Integration erschwert.
- Kein Mitnehmen skeptischer Mitbürger – Ende 2015 befürworteten viele eine Aufnahme der großen Zahl von Kriegsflüchtlingen vor allem aus Syrien und Irak. Dem standen in der deutschen Gesellschaft aber auch viele gegenüber, die sich schwer taten, mit „Fremdheit“ umzugehen, die keine Vorstellung hatten, wie das alles funktionieren sollte, und die Sorge vor Problemen und Chaos hatten. Die meisten Befürwortern haben nicht verstanden, dass es in dieser Situation auch ihre Aufgabe gewesen wäre, sich nicht nur um Geflüchtete zu kümmern, sondern auch das Gespräch mit Besorgten und Skeptischen zu suchen, um einer Spaltung in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken.
- Zulassen und „Fördern“ von Parallelgesellschaften – Aufgrund eines fehlenden Konzepts zur raschen Integration von Geflüchteten wurden mehrfach Entwicklungen zugelassen, die zur Konzentration von Geflüchteten in benachteiligten Stadtvierteln führten, die von den übrigen Stadtgebieten relativ abgekoppelten waren. So konnten für die Integration

nachteilige Parallelgesellschaften entstehen. Teilweise wurde die Bildung von Parallelgesellschaften durch Einrichtungen von Massenunterkünften mit langen Aufenthaltsdauern und wenig Austauschmöglichkeiten mit der sonstigen Gesellschaft forciert (z.B. Ankerzentren). Eigeninitiative und die Entwicklung von Fähigkeiten zum eigenverantwortlichen Leben in Deutschland wurden so erheblich behindert.

**Es ist wohl unstrittig: Ohne diese Fehler hätten wir es besser schaffen können.**

#### 4.2. Wichtige Erfolge – z.B.

- Deutschkenntnisse und Wissen über Deutschland – Aufgrund der ab 2005 eingeführten Integrationskurse wurden im Gegensatz zu früheren Jahren in größerem Umfang Sprach- und Integrationsprogramme angeboten. Auch wenn die Kurse angesichts der hohen Nachfrage oft improvisiert wirkten, hat doch ein erheblicher Anteil der Geflüchteten – bis auf diejenigen mit sog. geringer Bleibeperspektive – dadurch einen Einstieg bekommen. Bis Ende 2018 hatten [ca. 85% an Sprachprogrammen](#) teilgenommen und 2/3 auch abgeschlossen. Zwar ist die Quote derjenigen, die das Sprachniveau B1 beim Abschluss erreichen, in den letzten Jahren zurückgegangen, aber unter Berücksichtigung der schwierigeren Umstände gegenüber früheren Geflüchteten (neue Schrift lernen, traumatisierende Fluchtbedingungen, ...) ist auch ein Abschluss entsprechend A2 ein Erfolg.
- Ausbildung – Nach Befragungsergebnissen wollen [ca. ¾ der Geflüchteten](#) sich um weitere Bildung und Ausbildung bemühen. Allerdings ist hier ein zeitlicher Nachlauf zu erwarten, da meist erst die ausreichenden sprachlichen Voraussetzungen erworben werden müssen. Bis Ende 2018 hatte ca. ¼ der erwachsenen Geflüchteten eine allgemeinbildende Schule, berufliche Bildungseinrichtung, Hochschule oder Universität besucht oder an einer berufsqualifizierenden Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen.
- Arbeitsmarktintegration – Dank großer Bemühungen vor allem in Handwerk und Industrie verlief die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten der Jahre 2013-2016 etwas schneller als bei Geflüchteten früherer Jahre. Bereits [60 Prozent](#) der erwerbsfähigen Geflüchteten gingen im zweiten Halbjahr 2018 einer Erwerbstätigkeit nach, besuchten eine Bildungseinrichtung oder nahmen an Integrationsmaßnahmen oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil. Der Großteil der verbleibenden 40 Prozent war aktiv auf Stellensuche, in Elternzeit oder Mutterschutz.
- Auswirkungen auf die Gesellschaft – Wie schon erwähnt, stellt Deutschland nur einen sehr kleinen Teil der Weltbevölkerung, auch wirtschaftlich und bei Sicherheitsfragen ist es offensichtlich nicht autark. Eine Zukunft nur aus der „deutschen Bauchnabelperspektive“ ist deshalb zum Scheitern verurteilt, gebraucht wird ein zunehmendes Verstehen von internationalen Entwicklungen und Einflüssen, um unsere Position abzusichern. Einiges deutet darauf hin, dass durch die Beschäftigung mit Migrationsfragen das Wahrnehmen weltweiter Entwicklungen, die wir beachten müssen, bereits gefördert wurde. Es ist klar, je mehr gelernt haben, „über den Tellerrand zu schauen“, desto größer sind die Chancen für Deutschland, mit internationalen Problemen erfolgreich umzugehen.
- Integration in Städten und Kommunen – Wesentlicher Teil einer erfolgreichen Integration ist das „normale“ Zusammenleben im Umfeld von Wohnen und Arbeit. Dies bedeutet nicht, dass „die Neuen“ völlig ihre bisherige Identität aufgeben müssten oder sollten. Wichtig ist, dass man zu allgemein akzeptierten „Spielregeln“ in den wesentlichen Punkten im Umgang miteinander kommt. Dazu gehört besonders das Anerkennen des Katalogs der Grundrechte und des Rechtssystems in Deutschland. Daneben sind Unterschiede möglich und können sogar anregend sein. Kurz und beispielhaft formuliert: Artikel 3 Grundgesetz gilt ohne Abstriche, in der Tradition von Speisen und Bekleidung oder in der Friedhofsordnung (Himmelsrichtung der Gräber) sind Unterschiede möglich.  
Eine solche Integration hängt stark davon ab, dass führende Kommunalpolitiker bereit und fähig sind, die „Spielregeln“ für alle Gruppen in der Kommune zu erklären und zu

begründen. Dazu gehört etwa, wenn ein Bürgermeister in einem [kleineren Ort in Brandenburg](#) verständlich macht, dass mit dem Zuzug von ein paar kinderreichen syrischen Familien die örtliche Schule erhalten werden kann, was für alle im Ort ein Nutzen ist.

In etlichen Städten und Kommunen ist eine solche Entwicklung bereits auf einem guten Weg. Zeichen dafür ist u. A., dass im März 2020 über [100 Städte und Kommunen](#) ihre Bereitschaft erklärt haben, weitere Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern in Griechenland und von der Seenotrettung aufzunehmen.

**Und es gibt immer mehr Migranten, die sich – obwohl sie noch mit Barrieren zu kämpfen haben – als Teil der Gesellschaft in Deutschland empfinden, die den Werten des Grundgesetzes zustimmen und gleichzeitig durch andere Erfahrungen und Kenntnisse diese Gesellschaft bereichern – zwei [eindrucksvolle Beispiele](#).**

## 5. Kontroverse Themen – wie diskutieren wir miteinander?

Geprägt worden ist die Debatte in Deutschland in den letzten Jahren durch einige Themen, die recht polarisiert diskutiert wurden, d.h. es bestand die Tendenz, nur die jeweils eigenen Argumente als moralisch gerechtfertigt zu sehen. Dazu gehörten:

- Pull-Faktor vs. Menschlichkeit

Denjenigen, die im Herbst 2015 Geflüchtete freundlich aufgenommen haben („refugees welcome“), wurde umgehend von anderen entgegengehalten, damit würden sie unnötigerweise zur Flucht aus den Herkunftsländern und vor allem nach Deutschland motivieren („Pull-Faktor“). Damit werde durch eine gefährliche Flucht das Leben von Menschen riskiert und auch Deutschland überfordert. Vor allem gegenüber privaten Seenotrettern im Mittelmeer wurde der Vorwurf erhoben, sie seien ein „Pull-Faktor“ und erhöhten dadurch die Zahl der Ertrunkenen. Implizit argumentierten die Kritiker damit für eine eher unfreundliche Aufnahme und explizit für eine Verringerung der Sozialhilfe.

Das Argument scheint intuitiv plausibel: Je geringer das Risiko auf der Flucht, desto größer die Bereitschaft zur Flucht. – Allerdings gehen in die Entscheidung zur Flucht etliche verschiedene Gründe ein. Die Entscheidung auf einen einzigen, scheinbar plausiblen Grund zurückzuführen ist deshalb problematisch. – Inzwischen gibt es einige statistische Untersuchungen zu einem eventuellen Einfluss der Seenotretter im Mittelmeer. Zumindest mehrheitlich ist das Ergebnis: Ein Zusammenhang zwischen Anzahl der Seenotrettungsschiffe und Anzahl der übers Mittelmeer Flüchtenden ist statistisch nicht erkennbar, andere Faktoren scheinen wichtiger zu sein (z.B. die Wetterlage im Mittelmeer).

Nicht so klar ist jedoch die Frage zum Pull-Faktor hinsichtlich der Auswahl des Ziellandes in Europa. Zu Dänemark gibt es eine Untersuchung, die einen Zusammenhang mit der Höhe der Sozialhilfe für Geflüchtete sieht, die in Dänemark wieder gesenkt wurde. Andere Untersuchungen halten dem entgegen, dass gleichzeitig auch andere Faktoren geändert wurden und deshalb der vermutete kausale Zusammenhang unsicher ist. Insgesamt ist wohl festzustellen, dass nach heutigem Kenntnisstand [keine belastbare Aussage](#) über die tatsächliche Bedeutung eines Pull-Faktors möglich ist – vermutlich ist das mal so, mal so.

Wer hier Folgerungen zur Behandlung von Geflüchteten ableiten wollte, müsste natürlich auch bewerten, wie groß die Belastung durch Geflüchtete für Deutschland tatsächlich ist, um „unzumutbar“ zu sein und eine „unfreundlichere“ oder gar „unmenschlichere“ Behandlung vor dem Grundgesetz und vor den humanistischen oder auch christlichen Werten zu rechtfertigen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl ist der Libanon mit etwa 16,5 % Geflüchteten am stärksten betroffen, Deutschland liegt mit etwa 2 % dagegen nicht in der „Spitzengruppe“ der prozentual besonders belasteten Länder.

- Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern

Vor allem von Innenministerien wird öfter darauf verwiesen, dass abgelehnte Asylbewerber keinen Anspruch auf ein Verbleiben in Deutschland hätten und deshalb, wenn sie



nicht freiwillig ausreisen, möglichst bald in ihr Herkunftsland abgeschoben werden sollten. Dem wird jedoch regelmäßig – oft durchaus [begründet](#) – entgegengehalten, dass es angesichts der Situation in den Herkunftsländern „unmenschlich“ sei, die Geflüchteten dorthin abzuschicken. Manchmal wird dies aber sogar für solche Geflüchtete vorgetragen, die wegen Verbrechen in Deutschland rechtskräftig verurteilt sind.

Die bisherigen Extrempositionen, nämlich

- jeder ist umgehend abzuschicken, der vom BAMF abgelehnt worden ist, auch wenn die Ablehnung fehlerhaft erfolgt sein könnte (Quote der [Korrekturen durch Verwaltungsgerichte bemerkenswert hoch](#), bei Ablehnungsbescheiden für Afghanistan-Flüchtlinge wurden 2019 [fast 50% aufgehoben](#)) bzw.
- jeder darf bleiben, der einen Asylantrag gestellt hat, egal was sonst gegen seine Aufnahme sprechen könnte (als gäbe es ein allgemeines Recht auf Einwanderung),

sind beide für eine Demokratie mit Mehrheitsentscheidungen und Rechtsstaat problematisch. Vielmehr geht es darum, verständliche Kriterien für Duldung bzw. Abschieben zu finden, die mit unserem Rechtssystem kompatibel und mehrheitsfähig sind. Dabei geht es nicht nur um die Regelungen des Asylgesetzes, ein Bleibemöglichkeit kann sich auch aus anderen Gründen ergeben, z.B. Bedarf am Arbeitsmarkt oder langfristige Perspektiven.

- „Verfestigungsbefürchtung“ vs. Integrationsförderung

Im Gegensatz zu Flüchtlingsbetreuern, die dafür eintreten, dass möglichst alle Geflüchteten Sprachkurs, Ausbildung und Arbeitsplatz bekommen sollten, wird dies von Skeptikern gegenüber Flüchtlingen abgelehnt, wenn die Geflüchteten „keine gute Bleibeperspektive“ hätten. (z.B. der ehemalige CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer im "Regensburger Presseclub": *Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist. Weil den wirst Du nie wieder abschieben.*)

Abgesehen von der Merkwürdigkeit, rasche und erfolgreiche Integration als besonderes Problem zu sehen – diese Einstellung übersieht, dass oft eine Abschiebung aus rechtlichen oder anderen Gründen lange nicht durchführbar ist – mehrere Jahre sind nicht ungewöhnlich. Für solche Zeiträume den Kontakt zur aufnehmenden Bevölkerung und den Zugang zu Ausbildung und Arbeitswelt zu verhindern, bedeutet jedoch: Viele der Betroffenen werden durch ständigen unstrukturierten Tagesablauf ohne Möglichkeit zu konstruktiver Aktivität zu sozialen Problemfällen gemacht, die sich – abhängig davon, ob sie letztlich doch bleiben dürfen oder abgeschoben werden – dann weder in Deutschland noch in ihrem Herkunftsland einfach integrieren können. Stattdessen werden Parallelgesellschaften und Kriminalität gefördert.

- Einschätzungen zur Kriminalität

Von Kritikern der Aufnahme von Geflüchteten aus – nicht immer ganz zutreffend – als muslimischen angesehenen Ländern wird immer wieder angesprochen, dass mit deren Aufnahme die Kriminalitätsrate in Deutschland [gestiegen](#) sei und weiter steigen würde.

Diese pauschale Aussage ist schon offensichtlich falsch, da trotz wachsender Zahl der Geflüchteten die Zahlen für die Gesamtkriminalität zurückgegangen sind. Aber es gibt auch Teilaspekte, z.B. lokale Häufungen, bestimmte Deliktarten, die eine [genauere Diskussion](#) erfordern. Dabei ist vor allem auf Unterschiede in Bevölkerungsgruppen zu achten: Man kann zur Kriminalitätsrate nicht junge Männer in schwieriger Lebenssituation mit Großmüttern in stabilem familiärem Umfeld vergleichen – egal welcher Religion diese sich zurechnen. Man darf nicht „Äpfel mit Birnen vergleichen“.

Aber man sollte auch nicht die Augen schließen und übersehen, wo besonders gegengesteuert werden muss. Das systematische Vorgehen vor allem gegen Bandenkriminalität ist notwendig, und ausländische Organisatoren solcher Banden, seien es chinesische Triaden oder libanesische Familiencans, sollten auch [abgeschoben werden](#).

- Vereinbarkeit von Islam und demokratischem Rechtsstaat

Eine der im Bundestag vertretenen Parteien hat 2018 den Antrag gestellt, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die Verbreitung von im Koran enthaltenen gesetzeswidrigen Inhalten und Aufrufen zu unterbinden.“ Der Vertreter der Partei wies zur Begründung z.B. auf Koran-Verse hin, die man als Aufruf zu Tötungen oder Krieg verstehen könne. Zweifellos gibt es solche Verse im Koran – wie auch in der Bibel, im Alten Testament reichlich, im Neuen Testament aber auch etliche. Allerdings hat der Partei-Vertreter zwei Dinge übersehen:

- Im geschichtlichen Rückblick ist offensichtlich, dass es sowohl bei Christen als auch Muslimen immer diejenigen gegeben hat, die Aussagen in ihrer jeweiligen Schrift auf eine spezifische historische Situation bezogen haben und es ablehnten, sie als Begründung für Gewalt in anderen Situationen heranzuziehen. Aber es gab immer auch solche („Fundamentalisten“), die unter Berufung auf Textstellen in ihrer Schrift Tötungen und Krieg in aktuellen Situationen forderten, um Gegner ihrer Machtinteressen zu beseitigen.

Wenn nun Vertreter dieser Partei behaupten, aus dem Koran sei zwangsläufig die Aufforderung zum Töten in heutiger Zeit abzuleiten, stellen sie sich gegen die Koran-Interpretation der friedlichen Muslime und unterstützen stattdessen die Interpretation der islamistischen Terroristen. Wollen sie das wirklich? Heißt das nicht, „sich selbst ins Knie zu schießen“?

- In Deutschland gilt ein Rechtssystem, das Tötungen aus tatsächlich oder vorgeschoben religiösen/ideologischen Motiven verbietet. Daran haben sich unabhängig von der Religion alle zu halten. Auch nach überwiegender Auffassung muslimischer Rechtsgelehrter haben sich Muslime in Deutschland an das hier geltende Recht zu halten, wenn die fünf Hauptpflichten für Muslime nicht eingeschränkt sind (islamisches Glaubensbekenntnis, Pflichtgebet, Almosengabe, Fasten im Ramadan, Pilgerfahrt nach Mekka). Das Töten von Menschen zählte in der islamischen Geschichte nie zu den Pflichten. Erst seit den 1980er Jahren bezeichnen einige islamistische Terroristen den aggressiven, gewalttätigen Dschihad ebenfalls als Pflicht. Dagegen gibt es allerdings einen breiten Widerspruch islamischer Gelehrter. – Ist es eine Frage, auf welche Seite wir uns stellen sollten?

Auch sonst: Ein besonderer Kenner der Geschichte der islamischen Welt, Bernard Lewis, hat 1994 geschrieben: „Einige Merkmale der traditionellen islamischen Zivilisation, etwa Toleranz, soziale Mobilität und Achtung vor dem Gesetz, begünstigen eine demokratische Entwicklung eindeutig. [...] In sozialer Hinsicht ist der Islam von jeher demokratisch oder vielmehr egalitär gewesen und hat sowohl das Kastensystem Indiens als auch die aristokratischen Privilegien Europas abgelehnt.“ – Warum das bei uns weitgehend nicht wahrgenommen wird? Wenig Kenntnisse zur islamischen Kultur sind ein Grund, wenn auch sicher nicht der einzige.

**Kritisch-selbstkritisch ist festzuhalten, dass verschiedene Beteiligte dazu beigetragen haben, die Debatte um kontroverse Themen polarisierend zu gestalten. Zu oft wurde nicht der Weg zu einer machbaren, mehrheitsfähigen Lösung gesucht, sondern die Möglichkeit zur moralischen Empörung über „den anderen“. Es bleibt Aufgabe, kontroverse Themen nicht zu sehr „schwarz-weiß“ zu diskutieren, um Verbesserungen nicht zu blockieren.**

## 6. Wo wollen wir hin?

Aus den Erfahrungen lassen sich Folgerungen für Verbesserungen ziehen, wie z.B.:

- Erneuerter gesellschaftlicher Dialog, Abbau der Polarisierung – Über die bisherigen Erfahrungen, die Fehler und Erfolge, sollte offen und auch selbstkritisch diskutiert werden, um Probleme zu verringern und Chancen besser zu nutzen. Dies kann dazu beitragen, eine für einen größeren Teil der Bevölkerung nachvollziehbare Vorstellung („Narrativ“) zu entwickeln, wie wir mit Migration klar kommen und daraus auch Nutzen ziehen können. Dies würde Vertrauen schaffen, das wir für Problemlösungen brauchen.
- Fremdheit abbauen – Oft geht ein ablehnendes oder gar aggressives Verhalten sowohl bei Geflüchteten als auch bei Flüchtlings skeptikern auf das von Zygmunt Bauman beschriebene Fremdheitsgefühl zurück. Diese Fremdheit lässt sich relativ gut dort abbauen, wo Gelegenheiten entstehen oder geschaffen werden können, sich beim Arbeiten an einem gemeinsamen Projekt kennenzulernen. Manche Flüchtlings skeptiker lehnen das Arbeiten an gemeinsamen Projekten ab, da sie spüren, dass ihnen die Ablehnungsgründe schwinden, wenn sie Geflüchtete als Menschen kennenlernen und nicht nur als „Welle“. Deshalb sollten geeignete gemeinsamen Projekte immer wieder gesucht werden. ([Ein Eindruck zu Schicksalen und Integration](#))
- Bessere Einbindung von Ehrenamtlichen – Das Verstehen von Unterschieden in Traditionen und Wertvorstellungen bis hin zur Bürokratie in Deutschland erfordert viel Zeit und erklärende Gespräche. Dies ist von den zuständigen Behörden selbst bei gutem Willen nicht im nötigen Umfang für die jetzige Anzahl der Migranten leistbar. Dazu braucht es eine große Zahl von ehrenamtlichen Betreuern, die sich für Fragen und Probleme der Integration „Fremder“ interessieren. Behördenleitungen sollten nicht nur in Einzelfällen, sondern generell einen Rahmen entwickeln, wie das Wissen und Können der ehrenamtlichen Betreuer für die Integrationsarbeit effektiv genutzt werden kann.
- „Angekommene“ Migranten mehr beteiligen – Offensichtlich gibt es Migranten, die sich mit der Integration leichter als andere tun, die nämlich schon nach wenigen Jahren hervorragend Deutsch sprechen und sich gut auf die Lebensweisen sowie die Arbeitswelt in Deutschland einstellen können. Diesen „angekommenen“ Migranten sollte man – wo immer möglich – die Chance bieten, ihr Wissen um das Überwinden der Integrationsschwierigkeiten in geeigneter Weise einzubringen. Beispielsweise hat sich die Aufnahme von solchen Migranten in den Polizeidienst schon mehrfach bewährt, um Schwierigkeiten mit Migranten zu verringern, die sich mit der Integration schwer tun.
- Schnellere Asylverfahren – Es ist weitgehend Konsens, dass schnellere und fehlerfreie Asylverfahren manche Probleme verringern würden. Nach den Erfahrungen können dazu neben einer qualifizierten Ausbildung der BAMF-Mitarbeiter vor allem beitragen:
  - eine unabhängige und seriöse Beratung der Antragsteller im Verfahren  
Testläufe mit Einbindung unabhängiger Organisationen für die Beratung von Antragstellern waren hinsichtlich [Beschleunigung der Verfahren und Verringerung der Anzahl der Klagen bei Gerichten erfolgreich](#). Sie wurden jedoch vom BAMF aus unklaren Gründen nicht fortgesetzt. Diese Testläufe sollten wieder aufgenommen und fest eingerichtet werden.
  - das Schaffen eines überschaubaren, drastisch vereinfachten Gesetzes- und Vorschriftenwerks  
Hier stellt sich die Frage, wie der vom Bundesinnenministerium in den letzten Jahren verursachte Gesetzes- und Verordnungsdschungel wieder gelichtet werden kann.

Kontraproduktiv und unverständlich ist, dass inzwischen – wohl auf Wunsch von oben – das BAMF einen großen Teil seiner Arbeitskraft auf die Überprüfung älterer positiver Entscheidungen verwendet, anstatt diese Kapazität für die ordnungsgemäße Durchführung anhängiger Anträge zu nutzen. Dadurch ist die durchschnittliche Verfahrensdauer

im ersten Halbjahr 2020 auf 8 Monate angewachsen (vorher 6). Die Widerrufsquote lag bei 3 %, während die Quote der Aufhebung von Ablehnungsbescheiden des BAMF durch Verwaltungsgerichte weiter im zweistelligen Prozentbereich liegt (Höhe unterschiedlich je nach Herkunftsland).

- Kluge, nicht formalistische Bleibekriterien – Integrationsbereitschaft und -leistung sollten mehr als bisher gegenüber eher formalen Kriterien, wie z.B. der Vorlage von Ausweispapieren, als wesentliches Kriterium für eine positive Bleibeperspektive und für den Zugang zu Bildung und Arbeitsplatz gewertet werden. Denn erbrachte Integrationsleistungen sagen über die Integrationsfähigkeit deutlich mehr aus als Ausweispapiere. Die Kriterien für Bleiben bzw. Abschieben klug festzulegen ist nicht einfach und erfordert geduldige Gespräche, ist aber mit den Erfahrungen der letzten Jahre möglich.

Ein „Spurwechsel“, also die Erteilung eines Aufenthaltsstatus und einer Arbeitserlaubnis auch ohne Erfüllen der bisherigen formalen Kriterien sollte möglich sein, wenn Integrationswillen und Integrationsfähigkeit erkennbar sind.

- Schulung und Arbeit – Eine wesentliche Grundlage für ein selbstorganisiertes Leben in einer Gesellschaft sind Kommunikationsfähigkeit (Sprache) und Integration in den Arbeitsmarkt. Deshalb sollte für alle Asylbewerber der Zugang zu Sprachschulung möglichst kurzfristig gewährt werden, zu Ausbildung und Arbeitsplatz sowie zu einer integrationsfördernden Unterbringung spätestens nach 6 Monaten.

Wenn die Geflüchteten am Ende des Verfahrens, das erfahrungsgemäß auch ein paar Jahre dauern kann, schließlich einen Aufenthaltstitel bekommen, ist keine Zeit für die Integration verloren gegangen und es ist aufgrund der inzwischen vorliegenden Erfahrungen eine sachlich begründete Prognose zum weiteren Ablauf der Integration möglich. – Falls die Geflüchteten doch keinen Aufenthaltstitel bekommen und Deutschland wieder verlassen müssen, haben sie mit den erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen in ihrem Herkunftsland eher eine Chance, ihre Existenz zu sichern als nach mehrjährigem erzwungenem Nichtstun in Deutschland.

Wichtig ist auch die gezielte Optimierung der Lehrmethoden und -inhalte, um ein schnelles Lernen möglich zu machen. Ist es wirklich nötig, dass im ersten Lehrjahr ein Malerlehrling lernt, dass Farbeindrücke von der Wellenlänge einer elektromagnetischen Strahlung abhängen, oder ein Lehrling für Ernährungsberufe einen Text von Erich Fromm interpretieren soll?

Die Bildungsförderung sollte gerade auch für weibliche Geflüchtete gelten, die traditionell in etlichen Herkunftsländern hinsichtlich der Bildungsmöglichkeiten benachteiligt sind, aber in Deutschland gebotene Bildungschancen – wie viele Beispiele zeigen – sehr engagiert nutzen.

- Integrationsfördernde Wohnverhältnisse – Die Erfahrung zeigt, dass Geflüchtete in dezentralen, privaten Unterkünften mit guten Kontaktmöglichkeiten zur ortsansässigen Bevölkerung sehr viel schnellere Integrationsfortschritte machen als insbesondere bei Unterbringung in Massenunterkünften, wie Ankerzentren, oder in ghetto- oder gar slum-artigen Stadtvierteln.
- Kontrolle an Außengrenzen – Es ist verständlich, dass die EU bzw. ihre Mitgliedsstaaten eine Kontrolle darüber haben wollen, „wer kommt“, und dass es nachvollziehbare und praktikable Regelungen für die Aufnahme von Geflüchteten geben sollte. Die mit dem Dubliner Übereinkommen sowie den nachfolgenden Dublin-Verordnungen getroffenen Regelungen sind spätestens mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen um 2015 problematisch geworden:
  - Die Mittelmeer-Anrainerstaaten wurden überlastet, da andere EU-Staaten die Unterstützung verweigerten.
  - Bei einem Teil der zur Verringerung der Flüchtlingszahlen in die EU getroffenen Maßnahmen kann bezweifelt werden, ob sie mit geltendem Recht (Asylrecht, Genfer

Flüchtlingskonvention) vereinbar sind. Dies gilt insbesondere für die Praxis von Flüchtlingslagern wie Moria (sog. Hotspots).

Zu diesen Problemen eine [neue Vereinbarung](#) zu finden, die die Aspekte „Kontrolle“, „Verteilung in der EU“, „Menschenrechte“ insgesamt hinreichend berücksichtigt, ist mit den gegenwärtig unterschiedlichen Positionen in der EU zweifellos sehr schwierig. Mit einem schrittweisen Vorgehen und neuen Ansätzen z.B. zur Verteilung von Geflüchteten (s.u.) erscheinen Fortschritte möglich.

- Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU – Zumindest solange die Asylbewerberzahlen an der Grenze der EU erheblich niedriger liegen als 2015/16 könnte es ein Einstieg sein, in der Verteilung zuerst auf diejenigen [Kommunen](#) zurückzugreifen, die ihre Bereitschaft zur Aufnahme erklärt haben. Diese [Kommunen](#) haben anscheinend einen Weg gefunden, wie sie die Integration positiv gestalten können. Ihr Beispiel mit einer [funktionierenden Integration](#) oder sogar mit einem Nutzen durch Integration könnte bei anderen Kommunen oder auch Staaten die Sorgen vor einer Aufnahme von Geflüchteten verringern und Interesse daran wecken, es „es auch einmal zu probieren“. Vielleicht ist es damit möglich, die [festgefahrene Situation](#) zu einer gemeinsamen Asylregelung in Europa etwas zu entspannen.

**Konzepte, die Fortschritte in diesen Punkten [bringen](#), werden entscheidend dafür sein, Probleme zu verringern und Chancen besser zu nutzen.**

**Wichtig ist, dass wir in der Gesellschaft zu diesen Punkten offen und selbstkritisch miteinander diskutieren.**